

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/1853 und 4143)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 04.11.2011

**20 Jahre Mauerfall**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1853

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 16/4143

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

## EntschlieÙung

**Fall der Mauer vor über 20 Jahren**

Die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und die in dessen Folge eingetretene Aufteilung des Landes in Besatzungszonen führte im Zusammenhang mit der Ende der 40er-Jahre einsetzenden Blockkonfrontation und der Verhärtung dieser Konfrontation durch den Kalten Krieg zur Herausbildung von zwei Staaten auf deutschem Boden, die sich feindlich gegenüberstanden. Der Prozess der Spaltung Deutschlands wurde auf westlicher Seite durch die Politik der Adenauer-Regierung vertieft, die auf einseitige Westorientierung setzte (Bildung der Bundesrepublik als Separatstaat, Wiederbewaffnung und Beitritt zur NATO) und Angebote der Sowjetunion für gesamtdeutsche freie Wahlen ungeprüft ausschlug.

Die Gründung der DDR als selbstständiger Staat war die Antwort auf die Gründung der Bundesrepublik auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen. In dieser Situation hatte die SED beschlossen, auf dem Gebiet der gerade gegründeten DDR „Grundlagen der sozialistische Gesellschaft aufzubauen“, was angesichts der bestehenden Ausgangslage (hohe Reparationslasten im Osten und großzügiger Marshallplan im Westen) illusionär war. Gleichzeitig wurde damit aber auch das starke Bedürfnis nach einer Alternative zur in Westdeutschland wieder errichteten kapitalistischen Ordnung aufgegriffen, mündete aber letztlich in eine Politik, Sozialismus auf Zwang und unter Verzicht auf Demokratie und Menschenrechte zu gründen. Zu dieser verfehlten Politik gehören neben der gewaltsamen Niederschlagung der spontanen Arbeiterproteste des 17. Juni 1953 auch die vollständige Abriegelung der Grenze am 13. August 1961 und der damit verbundene Bau der Mauer in Berlin.

In Folge der Schließung der Grenzen kam es wegen des auf diese Weise angehaltenen Abflusses von Fachkräften zwar in den 60er-Jahren zu einer relativen wirtschaftlichen Stabilisierung der DDR, was auch Teile der DDR-Bevölkerung zu der Hoffnung Anlass gab, die DDR-Gesellschaft könne nun ohne Aderlass von qualifizierten Fachkräften und ohne Störungen von außen erfolgreich aufgebaut werden. Diese Hoffnung erwies sich aber als Illusion. Der Bau der Mauer und die vollständige Abriegelung der Grenze wurden mit unverzeihlichen Opfern bezahlt, Todesopfern, langjährigen Gefängnisstrafen bei gescheiterten Fluchtversuchen, getrennten Familien und dem Verlust der Reisefreiheit für die Bevölkerung eines ganzen Landes. Der Bau der Mauer steht deshalb symbolhaft für den gescheiterten Versuch, Sozialismus ohne Entfaltung der Demokratie und ohne Beachtung der Menschenrechte zu errichten.

Der Bau der Berliner Mauer offenbarte das grundlegende Problem des Herrschafts- und Gesellschaftssystems in der DDR: das Verständnis eines autoritären Staatssozialismus, in dem die Bevölkerung als Objekt behandelt wird, dem die Partei- und Staatsführung ihre Ziele aufzwingt - bis hin zur Einschränkung der Rechte auf Bewegungs-, Koalitions- und Meinungsfreiheit. Dies steht im Gegensatz zu einem selbstbestimmten und demokratischen Sozialismus. Rosa Luxemburg betonte

im Programm des Spartakusbundes 1918, man brauche keine Partei „die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will“. Die „Regierungsgewalt“ dürfe nie anders übernommen werden „als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland“, also der großen Mehrheit der Bevölkerung. Der Bau der Mauer beschädigte deshalb unzweifelhaft auch die sozialistische Idee, die aber trotz dieses Ereignisses angesichts der anhaltenden kapitalistischen Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrisen immer aktueller wird.

Der Fall der Mauer war deshalb eine Befreiung. Sie wurde auf der Grundlage der neuen sowjetischen Außenpolitik möglich.

Der Landtag stellt fest:

1. Erst die gegen den Widerstand der CDU/CSU durchgesetzte Entspannungspolitik in Europa hat es ermöglicht, ein Klima zu schaffen, in dessen Folge sich die Verfestigung der Grenzen durch eine Mauer nicht mehr aufrechterhalten ließ und die DDR als souveräner Staat zerfiel. Der Opfer der Mauer ist zu gedenken, der Beitrag derjenigen, die in der DDR durch ihr politisches Wirken zur Öffnung der Grenze beigetragen haben, ist zu würdigen. Dies gilt für die Bürgerrechtsbewegung in der DDR ebenso wie für die innerparteiliche Opposition in der SED, aber auch für die Oppositionsbewegungen in der CSSR, Polens und Ungarns.
2. Besonders junge Menschen, die die Zeit des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation nicht persönlich und bewusst miterlebt haben, sind über die historischen Zusammenhänge aufzuklären.
3. In Bildungsveranstaltungen ist über die historischen Hintergründe des Mauerbaus und die Lehren daraus zu informieren, die all diejenigen gezogen haben, die heute sagen: Freiheit, Demokratie und Sozialismus sind für alle Zukunft untrennbar verbunden.
4. Die Ergebnisse der Bodenreform auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone sind nach den Zusatzprotokollen des 2+4-Vertrages zu respektieren und dürfen nicht mehr zur Disposition gestellt werden. Es gibt keinen Grund, den damals enteigneten Großgrundbesitzern den bevorzugten Erwerb an Grundstücken zu ermöglichen, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden.

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin